

# Wörterbuch und Erklärung der wichtigsten EU-Begriffe

In der Erklärung mit \* gekennzeichnete Begriffe sind ebenfalls in der Liste zu finden

Deutsch	Englisch	Erklärung
(Ab)änderung	Amendment	im Rahmen des ordentlichen Verfahrens* und des Anhörungsverfahrens* kann das EP Änderungen einbringen; diese müssen vom Rat* nur im ordentlichen Verfahren berücksichtigt werden
Ablehnung	Rejection	EP* kann Gesetzesvorhaben im Zustimmungsverfahren* oder ordentlichen Verfahren* ablehnen
Agenturen der EU	Agencies (of EU)	von der EU eingerichtete Gremien, die sehr spezifische fachliche, wissenschaftliche oder administrative Aufgaben wahrnehmen
Aktionsprogramme	Action Programmes	werden vom Rat sowie von der Kommission aus eigener Initiative oder auf Anregung des Europäischen Rates* erstellt und dienen der Konkretisierung der in den Gemeinschaftsverträgen niedergelegten Gesetzgebungsprogrammen; sind die Programme in den Verträgen ausdrücklich vorgesehen sind sie verbindlich, ansonsten Orientierungshilfen
Anhörungsverfahren	Consultation Procedure	bei ihr darf das Parlament seine Meinung nur äußern (Stellungnahme*) und Fragen an den Rat richten; früher war das der Regelfall, inzwischen hat die Bedeutung des Verfahrens stark abgenommen
Annahme	Adoption	EP nimmt einen Gesetzesvorschlag im Rahmen des ordentlichen Verfahrens* oder im Rahmen des Zustimmungsverfahrens* (dann ohne eigene Änderungsvorschläge) an
Ausschuss der Regionen	Committee on the Regions	beratendes Organ aus Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften Europas; gewährleistet, dass sie ihren Standpunkt zur Politik der EU einbringen können und dass regionale und lokale Identitäten und Vorrechte respektiert werden
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	Committee on the Environment, Public Health and Consumer Policy	Fachausschuss des Parlaments; einflussreich, da die meisten Gesetze zur Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherpolitik im ordentlichen Verfahren beschlossen werden
Drei Säulen	"Three pillars"	Bis 2009 Metapher für die rechtliche Konstruktion der EU (mit dem Lissabon-Vertrag abgeschafft). Demnach basierte die EU auf den folgenden "drei Säulen": <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den drei Europäischen Gemeinschaften*,</li> <li>2. der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*,</li> <li>3. der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit</li> </ol>
Empfehlung	Recommendation	nicht verbindlicher Rechtsakt*
Entscheidung / Beschluss	Decision	sie ist für die Empfänger rechtlich verbindlich, bedarf keiner nationalen Umsetzungsmaßnahmen, kann an Mitgliedstaaten, Unternehmen oder Einzelpersonen gerichtet sein
Entschließung	Resolution	Urheber sind der Europäische Rat*, der Rat der EU* und das Parlament*; in Entschließungen werden die gemeinsamen Auffassungen und Absichten im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Integration sowie über konkrete Aufgaben innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft zum

		Ausdruck gebracht; haben vor allem politische Bedeutung als Orientierungshilfe für zukünftige Arbeit des Rates und als Erleichterung der Konsensfindung im Rat
Erklärungen / Auslegende Erklärungen	Declaration / Interpretative Declarations	einmal in ähnlicher Form wie Entschließungen*, in einem anderem Fall werden Erklärungen im Zusammenhang mit der Beschlussfassung im Rat abgegeben: hier bringen die Ratsmitglieder gemeinsam oder einseitig ihre Auffassung über die Auslegung der gefassten Ratsbeschlüsse zum Ausdruck (sog. "auslegende Erklärungen") - Mittel der Ratsmitglieder zur Konsensfindung
Europäische Gemeinschaften	European Communities	Begriff 2009 abgeschafft, ehemalige "erste Säule" der EU = die drei Gemeinschaften: 1. EG (= "Europäische Gemeinschaft" als politische Gemeinschaft, Binnenmarkt zentraler Bestandteil, früher: "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" = EWG) (zweite und dritte Säule siehe drei Säulen* (three pillars))
Europäische Investitionsbank (EIB)	European Investment Bank	Finanzierung bestimmter Arten von Investitionsprojekten - ausgewählt werden Projekte, die die europäische Integration, eine ausgewogene Entwicklung, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Entwicklung einer auf Wissen und Innovation beruhenden Wirtschaft fördern
Europäische Kommission	European Commission	ausführendes Organ (=Exekutive) der EU mit Verwaltungsapparat; weit reichende Initiativ-, Verwaltungs-, Aufsichts- und Kontrollbefugnisse, Verwaltung des Haushalts; Kommissare werden alle 5 Jahre von Mitgliedstaaten ernannt
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)	European security and defence policy	durch den Vertrag von Nizza 2003 eingeführtes Instrument, das sämtliche Bereiche abdeckt, die die Sicherheit der Union betreffen, u.a. auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik
Europäische Umweltagentur	European Environment Agency (EEA)	sammelt, bearbeitet und verbreitet Daten und Informationen zur Umwelt; liefert technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Informationen, die dazu dienen, Umweltmaßnahmen festzulegen, vorzubereiten und zu verwirklichen; Schaltstelle zw. europäischen und internationalen Programmen
Europäische Zentralbank (EZB)	European Central Bank	verwaltet und kontrolliert den Euro, führt Devisengeschäfte durch, stellt das reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme und die Preisstabilität sicher; verantwortlich für die Gestaltung der Wirtschafts- und Währungspolitik der EU, arbeitet mit dem "Europäischen System der Zentralbanken" (ESZB) zusammen
Europäischer Bürgerbeauftragter	European Ombudsman	nimmt von jedem Bürger der EU Beschwerden über Missstände in der Verwaltungsarbeit der Organe und Institutionen der Europäischen Gemeinschaft entgegen
Europäischer Investitionsfond (EIF)	European Investment Fund	spezialisiert auf Risikokapital und Bürgschaften: unterstützt Risikokapitalfonds mit Kapitalinvestitionen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), insbesondere Neugründungen und Technologie-Unternehmen; übernimmt gegenüber Finanzinstituten Garantien
Europäischer Rat	European Council	setzt sich zusammen aus den Staats- oder Regierungschefs der Mitgliedstaaten, dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Kommissionspräsidenten sowie dem Hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik; tagt mindestens zweimal jährlich (idR vier Mal) und legt allgemeine politische Leitlinien = Grundsatzentscheidungen der Union fest
Europäischer Rechnungshof	Court of Auditors	prüft die Recht- und Ordnungsmäßigkeit aller Einnahmen und Ausgaben der Union; kontrolliert Wirtschaftlichkeit des EU-Haushaltsplans; je ein Mitglied pro EU-Staat, vom Rat auf sechs Jahre ernannt

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	European Economic and Social Committee (EESC)	beratendes Organ, das Arbeitgeber, Gewerkschaften, Landwirte, Verbraucher und andere Interessensgruppen, die gemeinsam die "organisierte Bürgergesellschaft" bilden, vertritt; vermittelt der Kommission und dem Rat Sachkenntnis in wirtschaftlichen und sozialen Fragen
Europäisches Parlament (EP)	European Parliament	direkt alle 5 Jahre vom Volk gewählt, Stimmenverteilung je nach Einwohnerzahl, Zusammenschluss zu europaweiten Fraktionen; teilt sich Gesetzgebung mit Rat, übt demokratische Kontrolle aus (Misstrauensantrag gegenüber Kommission), Haushaltsbefugnis, Arbeit in Ausschüssen
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	Common Foreign and Security Policy (CFSP)	erstmalig in Maastricht 1993 als Ziel im Vertrag aufgenommen, seitdem kann die EU als solche auf der internationalen Bühne auftreten und dort auf der Basis der Grundprinzipien und gemeinsamen Werte, auf die sich die EU gründet und zu deren Verteidigung sie sich verpflichtet hat, agieren; => s.a. Hoher Beauftragter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
Gemeinsamer Standpunkt => siehe „Standpunkt“	Common Position	
gemeinschaftlicher Besitzstand	Acquis communautaire	die Rechtsakte im Primärrecht*, Sekundärrecht* und der Rechtsprechung* bilden gemeinsam den Acquis communautaire
Generaldirektion (GD) Gesundheit und Verbraucherschutz	Health and Consumer Protection Directorate General (DG)	eine von 34 Generaldirektionen und Diensten, die zur EU-Kommission* gehören; Ziel: bessere Lebensqualität fördern durch: Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit der Bevölkerung (Öffentliche Gesundheit), Gewährleistung der Sicherheit und der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher (Verbraucherpolitik) und der Sicherstellung eines hohen Niveaus an Lebensmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und Pflanzengesundheit
Generaldirektion (GD) Umwelt	Environment Directorate-General (DG)	eine von 34 Generaldirektionen und Diensten, die zur EU-Kommission* gehören; Hauptaufgabe: neue Rechtsvorschriften im Umweltbereich initiieren und ausarbeiten; sicherstellen, dass Maßnahmen, die vereinbart wurden, in den Mitgliedstaaten auch tatsächlich umgesetzt werden;
Gericht (ehem. Gericht erster Instanz der EG)	Ordinary Court	1989 zur Entlastung des Gerichtshofs eingerichtet, ist das Gericht für alle direkten Klagen (Nichtigkeit, Untätigkeit, Schadensersatz) zuständig, es sei denn, sie sind dem Gerichtshof vorbehalten oder wurden an gerichtliche Kammern verwiesen
Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften (EuGeI) => s. Gericht	Court of First Instance	
Gerichtshof der Europäischen Union (EUGH)	Court of Justice	kontrolliert die einheitliche Auslegung und Anwendung der EU-Rechtsvorschriften, entscheidet bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten, Organen der EU, Unternehmen und Privatpersonen; zur Unterstützung/Entlastung steht ihm das „Gericht“* zur Seite
Grünbuch	Green paper	von der Kommission herausgegebene Diskussionsgrundlage zu bestimmten politischen Bereichen; dadurch eingeleitete Konsultationen können zu Vorschlägen von konkreten Maßnahmen in einem Weißbuch* führen
Gründungsverträge	Founding Treaties	Verträge zur Gründung: der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS 1951), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG 1957), der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG 1957) sowie der Europäischen Union (EUV 1992)

Hoher Beauftragter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	High Representative for Foreign and Security Policy	Der Hohe Beauftragte wird für fünf Jahre von den Mitgliedstaaten ernannt, er koordiniert die Außen- und Sicherheitspolitik, nimmt an den Sitzungen des Rates für Äußere Angelegenheiten teil und ist gleichzeitig als Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik Mitglied der EU-Kommission
Integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie)	Integrated Pollution Prevention and Control (IPPC-Directive)	Ziel der 1996 verabschiedeten IVU-Richtlinie ist die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, sie enthält allgemeine Vorgaben über die behördliche Genehmigung bestimmter Industrieanlagen
Konsultation	Consultation	Anhörung von Betroffenen und Experten zu bevorstehenden Maßnahmen der Legislative auf der Basis von Internetkonsultationen
Leitlinie	Guideline	dient der Konkretisierung von Gesetzen und Programmen; Empfehlungscharakter
Ministerrat = Rat der Europäischen Union = Rat	Council of ministers = Council of the European Union	je ein Fachminister aus den Mitgliedstaaten; Zusammensetzung der Ratstagungen hängt von den zu behandelnden Themen ab - mal tagen Außenminister (im Rat für Auswärtige Angelegenheiten), mal die Umweltminister (im Umweltrat), etc. - insgesamt 10 verschiedene Zusammensetzungen; wichtigstes Entscheidungsgremium: verabschiedet mal mit mal ohne Parlament Richtlinien* Verordnungen*, Resolutionen*, Schlussfolgerungen
Mitentscheidungsverfahren (= > s. ordentliches Verfahren)	Co-Decision-Procedure	
Mitteilung	Communication	von der EU-Kommission* veröffentlicht, um Diskussion anzustoßen; geht häufig einem Strategiepapier voran
Ordentliches Verfahren (ehem. Mitentscheidungsverfahren)	Ordinary procedure	Verfahren, das inzwischen beim Großteil aller Entscheidungen angewendet wird; gegen den Willen des Parlaments kann bei diesem Verfahren kein Rechtsakt* zustande kommen: Parlament und Rat sind gleichberechtigt; bei anhaltender Uneinigkeit wird als neues Gremium ein Vermittlungsausschuss* eingesetzt (zu gleichen Teilen besetzt mit Vertretern des Rates und des Parlaments)
Petition	Petition	Alle Personen mit Wohnort und alle Vereinigungen mit Sitz in der EU haben das Recht, eine Petition von allgemeinem Interesse oder als Einzelbeschwerde an das EP* zu richten. Der Petitionsausschuss des EP prüft die Petition und verweist ggf. an die Kommission*. Bei Feststellung eines Verstoßes gegen das Gemeinschaftsrecht wird beim EuGH* Anklage erhoben
Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	Cooperation in Justice and Home Affairs -	Ziel ist, durch gemeinsames Vorgehen bei der Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit, allen Bürgern einen Freiraum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes zu garantieren; des Weiteren die Erleichterung und Beschleunigung der Zusammenarbeit bei Gerichtsverfahren, Vollstreckung von Entscheidungen, etc.
Primärrecht	Primary Legislation	besteht aus den Verträgen; Rechtsakte* des Primärrechtes sind Vereinbarungen, die unmittelbar zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt werden; diese Vereinbarungen haben die Form von Verträgen, die von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden müssen
Rechtsakt	Legal Provision / Legal Instrument	EU-Jargon für Gesetz
Rechtsprechung	Case-law	umfasst Urteile des Europäischen Gerichtshofes* und des Gerichtes erster Instanz* in Streitsachen, die z. B. von der

		Kommission, von innerstaatlichen Gerichten der Mitgliedstaaten oder Einzelpersonen vorgelegt werden
Richtlinie	Directive	Form der europäischen Gesetzgebung, muss innerhalb bestimmter Frist in nationales Recht umgesetzt werden, Staaten haben gewissen Spielraum zur Erreichung des Richtlinienziels
Sekundärrecht	Secondary Legislation	baut auf Verträgen auf und wird durch unterschiedliche Verfahren, die in einzelnen Vertragsartikeln festgelegt sind, erlassen; es beinhaltet folgende Gemeinschaftsrechtsakte: Verordnungen*, Richtlinien*, Entscheidungen und Beschlüsse*, Empfehlungen und Stellungnahmen*
Standpunkt	Position	Meinungsbildung im Ministerrat*: der Standpunkt (früher „Gemeinsamer Standpunkt“) spiegelt die Haltung des Rates wider, die dieser in Kenntnis des Vorschlages der Kommission* und der abgegebenen Stellungnahmen* (z.B. vom Parlament) festlegt
Stellungnahme	Opinion	nicht verbindlicher Rechtsakt*
Strategiepapier	Strategy Paper	von der EU-Kommission* veröffentlicht, um Diskussion anzustoßen; geht häufig Grün-* oder Weißbüchern* voran
Thematische Strategien	Thematic Strategies	Im Rahmen des 6. UAP* zu erarbeitende und umzusetzende Strategien für sieben Schlüsselbereiche, die sich durch eine hohe Komplexität, eine große Vielfaltigkeit betroffener Akteure und einer dringenden Notwendigkeit nach effektiven und innovativen Lösungen auszeichnen
Umweltaktionsprogramm (UAP)	Environmental Action Program	eines der Hauptinstrumente der EU-Umweltpolitik. Festlegung von Zielen und Maßnahmen, die für EU-Institutionen verbindlich sind. Für Mitgliedstaaten erst rechtlich bindend, wenn Rechtsakte* erlassen werden
Verfahren der Zusammenarbeit	Cooperation Procedure	Entscheidungsverfahren, das 2009 abgeschafft wurde
Verfahren zum Erlass von Durchführungsbestimmungen	Procedure for implementing measures	Rat überträgt für den Erlass von Durchführungsbestimmungen zu den von ihm erlassenen Rechtsakten die Durchführungsbefugnisse auf die Kommission*, Kommission darf den auszuführenden Rechtsakt* nicht ändern, Entschlussfassung durch Ausschussverfahren; Kontrolle durch das EP
Vermittlungsausschuss	Conciliation Committee	tritt ein bei ordentlichem Verfahren*, wenn sich Rat und Parlament nicht einigen können; setzt sich aus jeweils 15 gleichberechtigten Vertretern des Rates und des EP zusammen; er soll Kompromiss erarbeiten, der sowohl im Rat als auch im EP die erforderliche Mehrheit findet
Verordnung	Regulation	schärfste Form der europäischen Gesetzgebung, gilt unmittelbar, bedarf keiner Umsetzung durch nationale Gesetzgeber, setzt im Konfliktfall die nationalen Gesetze außer Kraft
Vertragsverletzungsverfahren	Treaty Infringement Proceeding	dient der Feststellung, ob ein Mitgliedstaat gegen Verpflichtungen, die ihm das Gemeinschaftsrecht auferlegt, verstoßen hat; wird vom EuGH* durchgeführt; betreffende Staaten haben Möglichkeit der Stellungnahme*; erfolgt keine Klärung kann die Kommission oder ein Mitgliedstaat Klage beim EuGH wegen Vertragsverletzung* erheben; stellt dieser Vertragsverletzung fest, muss der betreffende Staat den Mangel sofort beheben, wenn er dies nicht tut, kann ein Pauschalbetrag bzw. ein Zwangsgeld gegen ihn erwirkt werden
Weißbücher	White Papers	an Grünbücher* anknüpfende Vorschlagsliste der Kommission für ein gemeinschaftliches Vorgehen in einem bestimmten Bereich. Bei positiver Aufnahme durch den Rat kann ein Weißbuch in ein Aktionsprogramm münden

Zustimmung	Approval	das EP kann im Rahmen des Zustimmungsverfahrens* nur zustimmen oder ablehnen
Zustimmungsverfahren	Approval Procedure (auch consent procedure)	ein Rechtsakt* kann nur zustande kommen, wenn er die Zustimmung des EP* erhalten hat, das EP kann jedoch keine Änderungen vorschlagen, es kann nur annehmen oder ablehnen; vorgesehen für Sonderfälle wie Beitritt von Staaten zur EU, Abkommen mit Drittstaaten